

Streitplatz

Thomas Risse

Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht – europäische Ohnmacht?

Einleitung: Irak und die Folgen

Während ich diesen Beitrag schreibe, geht der Irak-Krieg zu Ende. Das Regime Saddam Husseins ist gestürzt, die amerikanisch-britische „Koalition der Willigen“ konsolidiert ihre Position im Lande. Was bedeuten die gegenwärtige US-amerikanische Außenpolitik und der Irak-Krieg für die Weltordnung, und wie kann eine europäische Antwort darauf aussehen? Auf den ersten Blick bestätigen die Ereignisse die Analyse Kagans, die USA entstammten dem Mars, wohingegen die („alten“) Europäer eher von der Venus kämen (Kagan 2003). Die Außenpolitik von Präsident George W. Bush festigt nicht nur die US-amerikanische Vormachtstellung, sie etabliert zugleich die Vereinigten Staaten als Weltordnungsmacht, die dabei ist, die Verhältnisse in der Krisenregion des Mittleren Ostens und anderswo neu zu ordnen. Dem entspricht eine Militärstrategie, die Krieg offenbar als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ansieht, gestützt auf eine in der Geschichte fast einmalige technologische Überlegenheit. Angriffs- und Präventivkriege werden zur Abwehr von Gefahren geführt, selbst wenn Ungewissheit über den Zeitpunkt und Ort einer konkreten Bedrohung besteht (President of the United States 2002, 15).

Die europäische Antwort auf diese US-amerikanische Strategie bestand bisher darin, den Primat des Völkerrechts und der Vereinten Nationen bei der Konfliktprävention und Friedenssicherung zu betonen und ansonsten auf friedlichen Mitteln der Konfliktregelung zu beharren. Dabei wurde zu Recht die Europäische Union (EU) als das Vorbild einer auf rechtsstaatlichen Prinzipien und Demokratie beruhenden Friedensordnung hervorgehoben, die Jahrhunderte langes Blutvergießen in Europa ein für allemal beendet hat. Kagan verkennt allerdings, dass auch die Europäer den Einsatz militärischer Mittel nicht ausgeschlossen haben (vgl. Afghanistan), aber eben nur als letztes Mittel und möglichst versehen mit der Legitimation des Weltsicherheitsrates (Ausnahme Kosovo). Seit

dem Irak-Krieg scheint der europäische Konsens nicht mehr zu existieren. Unter Führung Großbritanniens unterstützt das „neue Europa“ die amerikanische Strategie in einer Koalition der Willigen, während das „alte Europa“ hilflos am Rande steht. Damit verläuft der Konflikt um grundlegende Prinzipien der Weltordnung nicht mehr zwischen den Europäern und den USA, sondern mitten durch die „Zivilmacht“ Europa und die EU. Allerdings, das sollte man nicht vergessen, handelte es sich um einen Streit zwischen Regierungen. Die Bevölkerungen der europäischen Länder einschließlich der neuen EU-Mitgliedsstaaten unterstützte nahezu geschlossen die kriegskritische Position, es kam zu einer in Europa fast einmaligen sozialen Mobilisierung gegen den Krieg, deren Bedeutung für die künftige Außenpolitik und die transatlantischen Beziehungen noch nicht abzusehen ist.

Und noch etwas hat der Fall Irak gezeigt: Der Vorwurf des Unilateralismus, den das „alte Europa“ immer wieder gegen die Außenpolitik der USA erhoben hat (vgl. Czempel 2002), fällt auf Europa zurück. Das erste Opfer der Irak-Krise war die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Javier Solana fristete ein Schattendasein und durfte sich hin und wieder in Zeitungskomentaren äußern. In Zeiten der Krise und des Krieges wird Außenpolitik in Europa nach wie vor nationalstaatlich formuliert. Die kleineren europäischen Staaten ebenso wie die neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer hatten wenig zu melden. Die Quittung für den Unilateralismus der Berliner und Pariser Außenpolitiken kam prompt mit dem „Brief der Acht“. Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen europäischem und US-amerikanischem Unilateralismus. Die Asymmetrie in den Machtverhältnissen führt dazu, dass außenpolitischer Unilateralismus Europa zur Bedeutungslosigkeit verdammt, wohingegen US-amerikanischer Unilateralismus für die Weltordnung erheblich folgenreicher ist, um es zurückhaltend auszudrücken. Sind wir also auf dem Weg in eine neue Weltordnung, die durch US-amerikanische Hypermacht und europäische Ohnmacht gekennzeichnet ist?

Eine neue imperiale Weltordnung?

Man könnte also meinen, wir lebten in einer von den USA dominierten unipolaren Welt. Die Vereinigten Staaten setzen mit imperialer Logik und manchmal präventiver Gewalt die Regeln, nach denen sich der Rest der Welt zu richten hat. Das gilt auch für die Durchsetzung gemeinsamer westlicher Ziele wie Demokratie und Menschenrechte, die von nun an nicht mehr mittels multilateraler Institutionen, sondern durch wechselnde Koalitionen der Willigen und notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Völkerrechtliche Bestimmungen werden nur so lange eingehalten, wie sie den eigenen – US-amerikanischen – Interessen entsprechen. Ähnliches gilt für die Beteiligung an multilateralen Institutionen und Regimen im Umwelt- und Menschenrechtsbereich. Die neue imperiale Weltord-

nung löst auch das an liberalen und multilateralistischen Prinzipien orientierte Konzept von „*global governance*“ ab. Damit war der Versuch gemeint, die kollektiven Probleme der Menschheit – von den negativen Folgen der globalisierten Weltwirtschaft über den internationalen Umweltschutz und den Schutz der Menschenrechte – mittels internationaler Institutionen und Regime und durch den Ausbau des Völkerrechts in den Griff zu bekommen.

Die US-amerikanische Außenpolitik scheint sich von einer hegemonialen zu einer imperialen Logik zu wandeln. Hegemonialmächte setzen die Regeln für den Rest der Welt, unterwerfen sich aber zugleich diesen Normen und versuchen, die kleineren Staaten in ihre Ordnung konsensual einzubinden. Hegemoniale Ordnungen sind dadurch für die kleineren Teilnehmer erträglich, dass sie die Chance haben, auf die Politik der Hegemonialmacht Einfluss zu nehmen (Cox 1987; Ikenberry (2001) nennt das „*voice opportunities*“). Imperien setzen ebenfalls die Regeln für den Rest der Welt, halten sich aber selbst nur daran, wenn es den eigenen Interessen entspricht, und regieren ansonsten notfalls mit Feuer und Schwert. Gilpin, der dieses Verhalten als „böartige Hegemonie“ (Gilpin 1981) charakterisierte, war im übrigen der Auffassung, solches Gehabe kennzeichne eine im Abstieg befindliche Hegemonialmacht, die sich gegen diverse Herausforderer zur Wehr setzen und gerade deshalb auf die konsensuale Herrschaftssicherung verzichten müsse (ähnlich Wallerstein 2002). Danach wären die USA keineswegs auf der Höhe ihrer Machtposition, sondern vor ihrem Ende. Allerdings zeigt die Geschichte von Hegemonialkämpfen, dass dieses Ende lange anhalten und mit schrecklichen Folgen für die Welt verbunden sein kann.

Auf den ersten Blick ist diese Analyse der Weltsituation einleuchtend. Aber sie hat wesentliche Schwächen. Zunächst beruht sie auf einem militärisch verengten Machtbegriff. Die Überbetonung militärischer Macht ist auch nach dem Irak-Krieg analytisch so falsch, wie sie das vorher war. Die These von der unipolaren Welt beruht implizit auf der Annahme, militärische Machtpotenziale seien nicht nur das Einzige, was im internationalen System zählt, sondern diese Fähigkeiten sich auch unmittelbar in politischen Einfluss umsetzen ließen. Natürlich stehen die Vereinigten Staaten auf absehbare Zeit unangefochten an der Weltspitze, wenn es um militärische Machtpotenziale geht. Insofern ist die Welt in der Tat unipolar. Ob aber die US-amerikanische Außenpolitik in Zukunft hegemonial oder imperial vorgeht, lässt sich aus der Machtverteilung im Weltsystem allein nicht ablesen. Wenn wir US-Politik verstehen wollen, müssen wir uns genauer mit der US-amerikanischen Innenpolitik beschäftigen, insbesondere mit den Folgen, die der 11. September 2001 für die innenpolitischen Koalitionsbildungsprozesse und die Konsolidierung der Macht der Neokonservativen gehabt hat (vgl. May/Hönicke Moore 2003; Krell 2003). Militärische Macht speist sich letztlich aus ökonomischen Ressourcen, darauf haben schon die außenpolitischen Realisten seit Morgenthau immer wieder hingewiesen (Morgenthau 1963 [1948]). Was aber wirtschaftliche Stärke angeht, so ist das internationale System

keineswegs durch Unipolarität gekennzeichnet. Nach wie vor entsprechen die globalisierten internationalen Wirtschaftsbeziehungen einer Struktur, die Keohane und Nye schon vor Jahrzehnten als „komplexe Interdependenz“ bezeichnet haben (Keohane/Nye 1977). Damit ist eine Struktur gegenseitiger Abhängigkeit und wechselseitiger Verwundbarkeit gemeint, die nicht ohne enorme Kosten für das eigene wirtschaftliche Wohlbefinden verändert werden kann. Die transatlantische Region entspricht nach wie vor geradezu paradigmatisch komplexer Interdependenz. Es handelt sich um die am stärksten verflochtene Wirtschaftsregion der Erde, wenn man aggregierte Daten zu Handels-, Investitions- und sonstigen Kapitalströmen heranzieht (vgl. dazu den Überblick bei Krell 2003, 10-14). Was die Weltwirtschaft angeht, so sitzen die USA und Europa nach wie vor in einem Boot und versuchen, das an liberalen Prinzipien ausgerichtete Welt-handelsregime zu bewahren – trotz aller Streitigkeiten um Schutzzölle.

Hinzu kommt, dass eine ausschließlich an materiellen Ressourcen orientierte Analyse der internationalen Machtbeziehungen an der Realität der heutigen Weltpolitik vorbei geht. Auch diese Erkenntnis bleibt nach dem Irak-Krieg und nach dem 11. September 2001 weiter richtig. Nye wies bereits 1990 darauf hin, dass „weiche Macht“ (*soft power*) eine wesentliche Quelle US-amerikanischen Einflusses in der Welt darstelle (Nye 1990; vgl. auch Nye 2002). Ist die Welt wirklich unipolar, wenn es um ideelle Ressourcen wie Wissen, Information, aber auch um die tragenden Ideen über Prinzipien, Werte und Normen der Weltordnung geht? Die westliche Sicherheitsgemeinschaft hat den Kalten Krieg nicht nur wegen ihrer überlegenen Militärmacht und wirtschaftlichen Stärke gewonnen, sondern auch weil sie für die attraktiveren Ideen von einer guten und richtigen politischen und sozialen Ordnung stand. Die Vereinigten Staaten mögen auf absehbare Zeit über überlegene militärische Fähigkeiten verfügen. Ob eine imperiale und unilateralistische Außenpolitik sich auf Dauer im Wettbewerb der Ideen behaupten kann, darf bezweifelt werden. Zwar ist der Aufstand der „arabischen Massen“ gegen die USA ausgeblieben. Trotzdem ist der Flurschaden unübersehbar, den die US-amerikanische Arroganz der Macht in weiten Teilen der Welt bereits jetzt hinterlassen hat. Im 21. Jahrhundert lässt sich jedoch politischer Einfluss nur am Rande mit Präzisionswaffen erzwingen. Entscheidend ist, wer auf Dauer die für die politische und soziale Ordnung der Welt attraktiveren Prinzipien und Werte vertritt. Nach wie vor sind US-amerikanische Vorstellungen zu Demokratie und Menschenrechten in vielen Teilen der Welt attraktiv. Das wird sich ändern, wenn sie mit Imperialismus und Unilateralismus gepaart daher kommen.

Kernpunkte des Streits um die neue Weltordnung

Damit sind bereits einige Kernpunkte im Streit um eine künftige Weltordnung umrissen. Dieser Streit spaltet nicht nur die USA und Europa. Die Kontroverse geht mitten durch die Europäische Union, seit sich Großbritannien und andere EU-Mitgliedsländer an einem Angriffskrieg beteiligt haben. Der Streit ist deshalb so wichtig und sollte nicht pragmatisch übertüncht werden, weil es um konstitutive Prinzipien und Werte der westlichen Sicherheitsgemeinschaft geht. Allerdings wäre es dabei zu einfach, den schwarzen Peter für die Verletzung dieser Werte allein der Bush-Administration und ihren Verbündeten in Europa zuzuschreiben. Der innerwestliche Weltordnungskonflikt hat drei Komponenten. Erstens ist zu klären, welche Rolle multilaterale Institutionen und das Völkerrecht in der neuen Weltordnung spielen sollen. Die Art und Weise, wie die „Koalition der Willigen“ mit dem Völkerrecht und den Vereinten Nationen umgesprungen ist, lässt Schlimmes befürchten. Versuche, die Rolle der UN auf rein humanitäre Hilfeleistungen zu reduzieren und den Weltsicherheitsrat in den zentralen Fragen von Krieg und Frieden an den Rand zu drängen, erinnern fatal an die Zeiten des Ost-West-Konfliktes, als der Sicherheitsrat blockiert war. Nur dass es diesmal westliche Staaten unter Führung der USA sind, denen eine politische Rolle der Vereinten Nationen lästig geworden ist. Bei aller berechtigten Kritik an der US-amerikanischen Außenpolitik in diesem Zusammenhang ist allerdings daran zu erinnern, dass es der deutsche Bundeskanzler war, der als erster westlicher Regierungschef eine Haltung zum Irak-Konflikt formuliert hatte, die die Position des Weltsicherheitsrates als für die deutsche Außenpolitik irrelevant erklärte. Wer sich an völkerrechtliche Normen und Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates nur noch hält, wenn es den eigenen Interessen in den Kram passt, der legt die Axt an die internationale Rechtsordnung. Schon der Kosovo-Krieg ohne UN-Mandat war in dieser Hinsicht problematisch, mit dem Irak-Krieg als Angriffskrieg wurde von der „Koalition der Willigen“ der Rubikon überschritten – und zwar unabhängig vom Ausgang des Krieges.

Bisher stand die „Zivilmacht Europa“ für eine am Völkerrecht und an multilateralistischen Prinzipien orientierte Außenpolitik. Die gemeinsame europäische Außenpolitik setzte sich für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und den Ausbau internationaler Institutionen ein, auch wenn dies mit Verlusten nationaler Souveränität verbunden war. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen einen Zivilisationsfortschritt bedeutet, weil sie das Recht der Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzt. Völkerrecht und Multilateralismus gehörten bisher zu den konstitutiven Prinzipien, auf die sich die Europäer trotz unterschiedlicher Positionen im Einzelfall einigen konnten. Insofern war die Außenpolitik der Europäer an den Normen von „*global governance*“ orientiert. Dabei kam es – schon unter der Clinton-Administration – immer wieder zu Konflikten mit den USA, sei es bei

den Klimaschutzverhandlungen, sei es bei der Auseinandersetzung um den Internationalen Strafgerichtshof. Die Beteiligung an Präventiv- oder Angriffskriegen ist mit völkerrechtlichen Prinzipien und Multilateralismus kaum vereinbar. Hat der Irak-Krieg daher den europäischen Konsens beendet? Müssen wir jetzt auch in Europa eine Auseinandersetzung darüber führen, ob wir völkerrechtliche Prinzipien in Zukunft als lästige Beschränkungen bei der Verfolgung nationaler Interessen ansehen sollen, über die man sich nach Belieben hinweg setzen kann?

Die zweite Frage der Weltordnungspolitik, über die es zu streiten gilt, bezieht sich auf Demokratie und Menschenrechte. Hier sieht das „alte Europa“, das sich so oft als Sachwalter liberaler Prinzipien geriert hat, weniger gut aus. Gerade wer den Angriffskrieg als Instrument der Demokratieförderung ablehnt, muss sich damit auseinandersetzen, dass es die US-amerikanischen Neokonservativen und nicht die Europäer waren, die die Demokratieproblematik in der Krisenregion des Mittleren und Nahen Ostens auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt haben. Bisher bestand die „alteuropäische“ Antwort darin, zum einen den US-amerikanischen Neokonservativen finstere Motive zu unterstellen. Dabei ist es völlig irrelevant, ob Wolfowitz, Rumsfeld und Perle genuin an der Förderung von Menschenrechten und Demokratie interessiert sind, oder ob sich dahinter materielle und geostrategische Interessen im Sinne der Sicherung von Einflussphären verbergen. Zum anderen werden immer wieder die negativen Folgen einer Demokratieförderung mit Feuer und Schwert für die Stabilität der Region hervorgehoben. Das Fatale an dieser stabilitätsorientierten Argumentation ist, dass sie implizit zu einer Stützung autoritärer arabischer Diktaturen führt, die kaum weniger brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgehen als Saddam Hussein. Zumindest dann, wenn man nicht gleichzeitig sagt, was man selbst zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten anzubieten hat. Das korrupte Regime Yasser Arafats wurde aus Europa erst kritisiert, als die Bush-Regierung schon lange aufgehört hatte, ihn als Gesprächspartner zu akzeptieren. Wenn die alteuropäische „Linke“ weiterhin so tut, als sei Israel, die einzige Demokratie in der Region, das Hauptproblem des Nahen Ostens, aber nicht die menschenrechtsverachtenden Diktaturen Syriens, Saudi-Arabiens oder Pakistans, dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn die US-amerikanischen Neokonservativen das Thema Demokratie und Menschenrechte im Wettbewerb der Ideen besetzen.

Denn auch hier geht es um einen Streit im Weltordnungskonflikt. Zu Recht muss darauf hingewiesen werden, dass die Förderung von Demokratie und Menschenrechten unter Umgehung oder Bruch des Völkerrechts mit den eigenen Prinzipien im Widerspruch steht. Aber damit ist die Debatte nicht beendet. Es wäre fatal, das Thema Demokratieförderung im Mittleren und Nahen Osten den US-amerikanischen Neokonservativen zu überlassen. Ein europäisches Gesamtkonzept für die Region fehlt, das neben der Befriedung des Israel-Palästina-

Konfliktes konkrete Schritte für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie enthält. Damit sei nicht in Abrede gestellt, was bereits heute im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen geschieht. Aber es fehlt eine abgestimmte europäische Strategie zur friedlichen Demokratieförderung in der Region, die auch dann umgesetzt wird, wenn es den eigenen wirtschaftlichen Interessen widerspricht. Denn dem fatalen Missverständnis, bei dem Kampf gegen den transnationalen Terrorismus handle es sich um einen gegen den Islam gerichteten „Krieg der Zivilisationen“ (vgl. dagegen Müller 1998), kann nur dann begegnet werden, wenn man in Sachen Demokratie und Menschenrechte glaubwürdige Positionen vertritt. Hier kommen aus dem „alten Europa“ bisher eher verhaltene Töne.

Das dritte Thema in der Kontroverse um die zukünftige Weltordnung betrifft die Frage, wie mit den neuartigen Sicherheitsbedrohungen umzugehen ist und welche Rolle dabei der Einsatz militärischer Mittel spielen soll. Dabei besteht zwischen den USA und Europa nach wie vor im wesentlichen Einigkeit, wie mit der Bedrohung durch transnationale terroristische Netzwerke nach dem 11. September 2001 umzugehen ist. Dass hier transnationale Verbrechensbekämpfung und geheimdienstliche Aufklärung im Vordergrund stehen, ist zwischen Washington und den europäischen Hauptstädten kaum umstritten. Weniger Konsens besteht darin, wie mit der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von Diktaturen und terroristischen Netzwerken umzugehen ist. Selbst wenn am Ende im Irak kaum Massenvernichtungswaffen gefunden werden, ist damit das Thema nicht erledigt. Weder die USA noch die Europäer haben hier bisher konsistente Politiken anzubieten. Die Bush-Administration sendet in dieser Hinsicht äußerst problematische Signale an die Diktatoren der Welt:

1. Unterwirf Dich keinesfalls einem Inspektionsregime der Vereinten Nationen. Selbst wenn Du das tust, nützt es Dir am Ende wenig. Du wirst trotzdem von einer „Koalition der Willigen“ angegriffen.
2. Erwirb so schnell und so geheim wie möglich Massenvernichtungsmittel. Denn dann kannst Du die Weltsupermacht USA sowohl abschrecken als auch mit ihr verhandeln (siehe Nordkorea).

Die Politik der Europäer kann ebenso wenig überzeugen. Hier wird das Problem im Wesentlichen ignoriert oder steht jedenfalls nicht sehr weit oben auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung. Dabei bestünde hier die Möglichkeit, eine glaubwürdige Alternative zur US-Politik aufzubauen, auf die sich die EU-Mitgliedsstaaten auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen mit der nuklearen Nonproliferationspolitik leicht einigen könnten. Im Vordergrund müsste der Ausbau der verschiedenen internationalen Regime und Institutionen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen stehen. Das Beispiel Nordkorea darf nicht Schule machen. Es geht nicht an, die Pflicht zur Vertragseinhaltung bzw. zum Wiedereintritt und zur Unterwerfung unter das Inspektionsregime der Internationalen Atomenergiebehörde zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen und sich

von der Völkergemeinschaft teuer erkaufen zu lassen. Die Einhaltung dieser Regeln und Normen muss durchgesetzt werden, notfalls über den Weltsicherheitsrat und über den Aufbau einer militärischen Drohkulisse. Es war skandalös für die Durchsetzung internationaler Normen, dass Europäer und Amerikaner 1998 weggeschaut haben, als das irakische Regime die UN-Inspektoren des Landes verwies. Die Kritik der Bush-Administration an dieser Politik war berechtigt. Ebenso richtig war es, eine militärische Drohkulisse aufzubauen, damit die UN-Inspektoren im Irak ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Das Problem bestand in der fehlenden Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen, aber auch der deutschen Politik in dieser Frage. Die Bush-Administration signalisierte dem Irak, dass es unabhängig von der irakischen Kooperationsbereitschaft gegenüber den Inspektoren in jedem Fall zum Krieg kommen werde. Das Land wurde angegriffen, als das Inspektionsregime endlich erfolgreich arbeitete und erste Fortschritte erzielte. Aber auch die deutsche Politik war inkonsistent: Einerseits befürwortete man in Berlin das Inspektionsregime, andererseits lehnte man eine militärische Reaktion im Falle seines Scheiterns von vornherein ab. Die Lehre aus dieser gescheiterten Politik kann aus europäischer Sicht nur lauten, dass die Stärkung internationaler Regime zur Abwehr der Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel nur dann Erfolg haben kann, wenn man bereit ist, die Einhaltung der Normen auch durchzusetzen, mit Hilfe von Inspektionsregimen, Sanktionen und notfalls auch durch die Drohung mit und den Einsatz von militärischer Gewalt.

Folgerungen für die europäische Antwort auf die amerikanische Herausforderung

Wie erwähnt, war die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU das erste Opfer der Irak-Krise. Der viel beschworene „Koordinationsreflex“ der Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten blieb aus, Außenpolitik wurde wieder zur Domäne nationalstaatlicher Interessen. Europa scheint aus den Jugoslawienkriegen der 90er Jahre und dem Kosovo-Krieg nichts gelernt zu haben. Auch die bisherigen Antworten auf das Desaster der europäischen Außenpolitik vermögen nicht zu überzeugen. Der Ausbau der europäischen außenpolitischen Institutionen – sei es über einen gemeinsamen Außenminister, wie er auf Grund eines deutsch-französischen Vorschlages auf dem Verfassungskonvent diskutiert wird, sei es über den belgischen Vorschlag einer Europäischen Verteidigungsunion – wird das Problem nicht lösen. In Paris, London und Berlin muss man begreifen, dass man erstens in Weltkrisen nur dann politischen Einfluss nehmen kann, wenn man mit einer Stimme spricht. Zweitens kann man keine europäische Außenpolitik als Achsenpolitik der Großmächte betreiben, die die kleineren europäischen Staaten einschließlich derjenigen Mittel- und Osteuropas ignoriert. Es wird sonst immer wieder „Briefe der Acht“ geben.

Eine weitere Schlussfolgerung aus der Irak-Krise kommt hinzu: Wer den Ausbau einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als Gegenmacht-Bildung zu den USA betreibt, erliegt einer (französischen) Illusion. Das Dilemma einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik lässt sich wie folgt beschreiben: Einerseits muss Europa mit einer Stimme reden, u. a. um in Washington ernst genommen zu werden und auf die US-amerikanische Politik Einfluss nehmen zu können. Die Spaltung in ein „neues“ und ein „altes“ Europa ist überflüssig und völlig kontraproduktiv, weil sie einer Politik Washingtons des „Teile und Herrsche“ entgegenkommt. Andererseits wird es in zentralen sicherheitspolitischen Fragen auf absehbare Zeit keine gemeinsame europäische Position gegen Washington geben. Wer von den Außenpolitikern Großbritanniens, einer Reihe kleinerer EU-Länder und der neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa verlangt, als Eintrittskarte zur GASP die allmähliche Abkehr vom transatlantischen Bündnis zu akzeptieren, wird scheitern. Übrigens hatte die französische Politik diesen Punkt Ende der 90er Jahre schon einmal akzeptiert, nämlich in der französisch-britischen Erklärung von St. Malo.

Der Ausweg aus dem Dilemma einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik kann nicht lauten, eine „alteuropäische“ Verteidigungsunion ohne Großbritannien, die Niederlande oder Dänemark anzustreben (von Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik ganz zu schweigen). Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen eines US-amerikanischen Unilateralismus und imperialer Tendenzen kann nur darin bestehen, die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft wieder zu beleben und gegen die US-amerikanischen Neokonservativen ebenso wie gegen einen virulenten Anti-Amerikanismus in Europa zu verteidigen. Eine kluge europäische Außenpolitik muss schon um der eigenen Politikfähigkeit willen versuchen, auf die Vereinigten Staaten durch deren Einbindung in die multilateralen Institutionen des westlichen Bündnisses Einfluss zu nehmen. Eine gangbare Alternative dazu sehe ich nicht. Der Streit mit der Bush-Administration um die drei Fragen der neuen Weltordnung – Völkerrecht und Multilateralismus, Demokratie und Menschenrechte, Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen – kann nur innerhalb der westlichen Institutionen ausgetragen werden, nicht außerhalb davon.

Referenzen

- Cox, Robert W. 1987. *Production, Power, and World Order*. (New York: Columbia University Press)
- Czempiel, Ernst-Otto. 2002. *Weltpolitik im Umbruch: Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. (München: Beck)
- Gilpin, Robert. 1981. *War and Change in World Politics*. (New York: Cambridge University Press)

- Ikenberry, G. John. 2001. *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order After Major Wars.* (Princeton NJ: Princeton University Press)
- Kagan, Robert. 2003. *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order.* (New York: A. Knopf)
- Keohane, Robert O., and Joseph S. Nye. Jr. 1977. *Power and Interdependence.* (Boston: Little, Brown)
- Krell, Gert. 2003. „Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen.“ HSFK-Report 1/2003. (Frankfurt/Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)
- May, Bernhard, and Michaela Hönicke Moore (Eds.). 2003. *The Uncertain Superpower. Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy after the Cold War, Berliner Schriften zur internationalen Politik.* (Opladen: Leske & Budrich)
- Morgenthau, Hans J. 1963 [1948]. *Macht und Frieden: Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik.* (Gütersloh)
- Müller, Harald. 1998. *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington.* (Frankfurt a.M.: Fischer)
- Nye, Joseph S. Jr. 1990. *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power.* (New York: Basic Books)
- Nye, Joseph S. Jr. 2002. *The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone.* (Oxford: Oxford University Press)
- President of the United States. 2002. „The National Security Strategy of the United States of America.“ (Washington DC: The White House)
- Wallerstein, Immanuel. 2002. „The Eagle Has Crash Landed.“ In: *Foreign Policy*, July/August